

FREIE

BAUERN



Tier und Pflanze gehören zusammen / Winterversammlungen: Wir marschieren durchs Tal / Grüne Woche: Wo bleibt Container-Cem? / Grüne Ernährungswende führt weg von der Natur / Jaenicke, du Mont: Stillstand im Eilverfahren / Vegan-Propaganda: Bauern kündigen Versicherungen bei LVM / Green Deal ohne Folgenabschätzung geht gar nicht / Sarah Wieners Drogenvergleich / Garten Eden in Baden-Württemberg / Studie für sinnvollen Moorschutz / Ablehnung Agrarstrukturgesetz Brandenburg / Mercosur ... Karikatur eines grünen Agrarministers / Kein Patent auf unsere Kulturpflanzen / BSE war nie gefährlich für den Menschen / Gegen Bettelei: Wir wollen keine Steuergelder für den Umbau der Nutztierhaltung

FREIE BAUERN Deutschland**Interessenorganisation der bäuerlichen Familienbetriebe**

Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitze OT Lennewitz
Telefon 038791-80200, Telefax 038791-80201
kontakt@freiebauern.de, www.freiebauern.de

Bundesvertretung

Bundessprecher: Alfons Josef Wolff, 06188 Landsberg OT Hohenthurm
Stellvertretender Bundessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Weiteres Mitglied: Peter Guhl, 19273 Teldau OT Vorderhagen
Weiteres Mitglied: Ralf Ehrenberg, 37217 Witzhausen OT Ziegenhagen
Weiteres Mitglied: Georg Straller, 92263 Ebermannsdorf OT Ipfheim
Weiteres Mitglied: Thomas Frenk, 77963 Schwanau OT Nonnenweier
Weiteres Mitglied: Christian Linne, 38321 Denkte OT Sottmar
Weiteres Mitglied: Jann-Harro Petersen, 25881 Tating

Bundeschäftsstelle

Referent für Politik und Medien:
Reinhard Jung, Telefon 0173-3511680, reinhard.jung@freiebauern.de
Referentin für Fachthemen und Kommunikation:
Frieda Simon, Telefon 0174-1801177, frieda.simon@freiebauern.de
Referentin für Mitgliederservice und Buchhaltung:
Anja Giesen, Telefon 0170-5554908, anja.giesen@freiebauern.de

Landesvertretung Brandenburg (Vorstand Bauernbund Brandenburg)

Landessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Stellvertretender Landessprecher: Lutz Wercham, 15324 Letschin OT Wilhelmsau
Weiteres Mitglied: Thomas Kiesel, 16845 Wusterhausen/Dosse OT Barsikow
Weiteres Mitglied: Hans-Jürgen Paulsen, 17291 Nordwestuckermark OT Zollchow
Weiteres Mitglied: Jens Gerloff, 16866 Kyritz OT Ganz
Weiteres Mitglied: Ulf Simon, 16845 Dreetz OT Michaelisbruch
Weiteres Mitglied: Dirk Schulze, 15320 Neutrebbin OT Altbarnim
Weiteres Mitglied: Frank Michelchen, 15910 Unterspreewald OT Leibsch
Weiteres Mitglied: Matthias Kurth, 03205 Calau OT Settinchen
Weiteres Mitglied: Reinhard Benke, 14806 Planetal OT Mörz

Landesvertretung Niedersachsen

Landessprecher: Fokko Schumann, 26524 Hage OT Berumbur
Stellvertretender Landessprecher: Cord Meyer, 27367 Böttersen
Weiteres Mitglied: Christian Linne, 38321 Denkte OT Sottmar
Weiteres Mitglied: Christian Müller, 29378 Wittingen OT Eutzen
Weiteres Mitglied: Jens Soeken, 26629 Großefehn OT Timmel
Landesreferentin: Sara Collmann, Telefon 0172-5352195, sara.collmann@freiebauern.de

Landesvertretung Baden-Württemberg

Landessprecher: Thomas Frenk, 77963 Schwanau OT Nonnenweier
Stellvertretender Landessprecher: Markus Federolf, 74632 Neuenstein OT Kleinhirschbach
Weiteres Mitglied: Christine Knobloch-Hiller, 70597 Stuttgart OT Degerloch
Weiteres Mitglied: Andreas Schmid, 76187 Karlsruhe OT Maxau
Weiteres Mitglied: Anton Abele, 73497 Tannhausen

Tier und Pflanze gehören zusammen

LVM-Boycott wegen Vegan-Propaganda, Klage gegen Jaenicke und du Mont wegen Diffamierung der Milchviehhaltung, Protest gegen die geplante Halbierung des Fleischkonsums und damit der Tierproduktion in unserem Land – alles wichtige Themen, derer wir uns angenommen haben, aber alles ein bisschen tierlastig, oder? Kümmern wir uns zu wenig um den Ackerbau? Stecken wir zuviel unseres zeitlich notwendigerweise begrenzten Engagements etwa in die Verbesserung der Lieferbeziehungen zwischen Milcherzeugern und Molkereien, derzeit ein Schwerpunkt bei den politischen Kontakten? Oder in die Moore, die doch ganz überwiegend Grünland sind? Diese Fragen kamen kürzlich beim Stammtisch der FREIEN BAUERN im Braunschweiger Land auf. Irgendwie verständlich. Ich selbst ackere im Landkreis mit der geringsten Viehdichte von Deutschland.



Nein, sagt dazu Ackerbauer Christian Linne, viehlos und zuckerrübenlastig. Die FREIEN BAUERN kümmern sich keineswegs zu wenig um den Ackerbau! Schon allein das Thema Rote Gebiete nimmt einen riesigen Stellenwert ein, gerade in der Arbeit der Landesvertretung Niedersachsen. Auch die von der Europäischen Union geplanten Einschränkungen im Pflanzenschutz bekämpfen wir aktiv etwa mit unserer Presseerklärung gegen Sarah Wieners diffamierende Äußerungen, mit unserer Argumentation im Gespräch mit der neuen niedersächsischen Agrarministerin Miriam Staudte oder mit der Rede von Thomas Frenk im Landtag Baden-Württemberg. Unsere Ackerbaustrategie liegt der Bundesregierung und den Landesregierungen vor, sie ist nachzulesen auf unserer Homepage.

Mal abgesehen davon: Gibt es überhaupt sinnvolle Gründe für eine solche (Kümmerungs-)Gewichtung zwischen Tierhaltung und Ackerbau? Auch hier von mir ein klares Nein! Denn „Ackerbau und Viehzucht sind die zwei Brüste, die den Staat sicherer säugen als die Gold- und Silberminen Perus“ wusste schon vor etwa 200 Jahren der Schriftsteller Karl Julius Weber. Landwirtschaft besteht seit jeher aus Acker plus Vieh, ein Großteil unserer Ackerfrüchte wird verfüttert, Mist und Gülle sind besonders wertvolle organische Dünger auf dem Acker und Nachhaltigkeit geht nur in einem ganzheitlichen System.

Wir sollten vielmehr aufpassen, dass nicht im Großen dieselben Fehler passieren, die wir vor über 50 Jahren im kleinen bzw. auf unseren Höfen gemacht haben, dass nämlich aufgrund vermeintlicher Notwendigkeiten oder ökonomischer Vorzüglichkeiten – immer aber auf staatlichen Druck hin – Tierbestände in einigen Regionen abgebaut und damit letztlich in anderen konzentriert wurden. Was hat das für unseren Berufsstand gebracht? Die Entwicklung zu immer größeren, hochspezialisierten Betrieben hat den Einstieg finanzstarker Investoren ermöglicht, hat uns ein Meer praxisferner Auflagen beschert und eine Agrarförderung, die nur noch durch Externe oder durch sehr viel Büroarbeit zu bewältigen ist. Durch diesen Bruch in den 1970er Jahren der alten Bundesrepublik wurde nicht nur das Höfesterben beschleunigt, sondern auch die Konzentration in den vor- und nachgelagerten Bereichen, wodurch viele Mühlen, Schlachthöfe, Molkereien und Zuckerfabriken verschwanden. Gleichzeitig nutzten die Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels diesen Prozess, um ihre Marktmacht zu stärken, es entstanden die heutigen Oligopole.

Als leidenschaftlicher Ackerbauer, ohne auch nur ein Stück Vieh auf dem Hof, möchte ich hier nicht ein Plädoyer für eine Stallbauoffensive in der Börde halten, sondern nur für mehr Verständnis gegenüber der größten Selbstverständlichkeit für mich als FREIEN BAUERN werben: Tier und Pflanze gehören zusammen, Bauern sind wir alle!

Wichtig ist mir, dass wir zusammenstehen! Dazu gehört – bildlich gesprochen – bei jeder neuen Sau, die durchs Dorf getrieben wird, dass wir gemeinsam gehalten. Und da fordern uns nunmal die massiven Angriffe der Bundesregierung auf die Tierproduktion gerade in besonderer Weise heraus. Es ist mir auch nicht egal, dass unsere Milchbauern nach wie vor ihre gesamte Milch abliefern müssen, ohne einen Preis zu kennen, und dass die Politik sich gegenüber dieser Ausbeutung wegduckt. Oder dass unsere Schweine- und Geflügelhaltung kaputtgeredet und mit immer höheren Auflagen gegenüber der Konkurrenz selbst aus dem europäischen Binnenmarkt benachteiligt wird, von Importen aus Übersee ganz zu schweigen. Viele Themen, wie vor allem die starren Reduktionsziele des Green Deal bei Düngung und Pflanzenschutz, betreffen uns ohnehin alle zusammen.

Ob reiner Marktfruchtbetrieb, Veredlung oder Futterbau, ob mit oder ohne Grünland, ob mit oder ohne Zuckerrüben, ob konventionell oder bio – Bauern sind wir alle. Uns verbindet die Liebe zur Natur, zu dem schönsten und wichtigsten Beruf der Welt, der Stolz auf die ererbten Höfe, die wir weitergeben wollen an kommende Generationen tüchtiger, aufrechter, ehrlicher Bauern. Eigentum und Arbeit – das schweiß uns zusammen als Bauernstand und dazwischen möchte ich keinen Keil sehen. In diesem Sinne wünsche ich Euch eine angeregte Lektüre dieses Rundbriefes mit seinen zahlreichen Beispielen dafür, wie wir aus unserer bäuerlichen Überzeugung eine hoffentlich überzeugende Agrarpolitik machen.

Euer Christian Linne (Bundesvertretung der FREIEN BAUERN)

Winterversammlungen: Wir marschieren durchs Tal ...

Die FREIEN BAUERN wurden Ende März 2020 gegründet, dieser war also der erste freie Winter. „Unser Vereinsleben war arg reduziert in den vergangenen zwei Jahren, aber wir haben es aufrecht erhalten, und wir sind stolz darauf, dass wir nie jemanden davon ausgeschlossen haben“ sagte Marco Hintze, Präsident des Bauernbundes Brandenburg (Landesgruppe der FREIEN BAUERN) unter großem Beifall auf der mit rund 100 Teilnehmern gut besuchten Hauptversammlung am 6. Februar im Schwanenkrug Schönwalde Siedlung. „Die Zukunftskommission Landwirtschaft hat total versagt – sie unterstellt unserer heimischen Landwirtschaft gigantische Umweltschäden, leitet daraus die Notwendigkeit eines grundlegenden Umbaus ab und fordert dafür staatliches Geld. Die Bundesregierung beruft sich auf die Ergebnisse der Zukunftskommission und richtet ihre Agrarpolitik danach aus – wie soll sich das Agrarland Brandenburg dazu verhalten?“ Darüber diskutierten die Mitglieder mit Landwirtschaftsminister Axel Vogel und den agrarpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen, die Antworten der Politiker fielen leider überwiegend ausweichend aus.

Bayern hatte die Nase vorn bei den Winterversammlungen der FREIEN BAUERN, mit einem Vortrag über Stellschrauben zur Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit noch im Januar. Im Februar folgten Treffen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Westfalen, Hessen, Rheinland und Baden-Württemberg, wo Politikreferent Reinhard Jung in einem Rundumschlag die schwierige agrarpolitische Situation darstellte, aber zugleich Mut machte, die Höfe unbeirrt von politischen Programmen und Prognosen solide weiterzuführen. „Wir marschieren durchs Tal“, fasste in Pohlheim (Hessen) Milchbäuerin Anne-Kathrin Häuser die Lage

und Stimmung bildstark zusammen – einerseits das Tal als Symbol für die allgegenwärtige Geringschätzung der Landwirtschaft, andererseits liegen wir nicht zerschlagen am Wegesrand, sondern ziehen weiter, unbeirrt, weil wir wissen, dass unser Beruf und unsere Betriebe eine Zukunft haben, wenn wir es nur wollen. Schöner Nebeneffekt der Winterversammlungen waren viele gute Gespräche und rund 60 neue Mitglieder, aktueller Stand: 1520.

Auch für politische Termine haben wir den Winter intensiv genutzt wie hier zur Unterredung über Moorschutz auf dem Hof Simon mit dem brandenburgischen Landwirtschaftsminister Axel Vogel, das Gespräch mit Ministerpräsident Stephan Weil und der neuen Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte in Hannover, ein Austausch mit den baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Klaus Hoher und Georg Heitlinger sowie Termine mit den Bundestagsabgeordneten Bernd Schattner, Ina Latendorf und Karl Bär, die alle sehr konstruktiv verliefen. Auf der Grünen Woche hingegen kam es nicht zum angestrebten Dialog ...



FREIE BAUERN auf der Grünen Woche: Wo bleibt Container-Cem?

(20.01.2023) Zur Eröffnung der Grünen Woche am heutigen Freitag empfangen die FREIEN BAUERN Cem Özdemir vor den Messehallen mit einem Müllcontainer. „Der Container steht als ein Symbol für die gescheiterte Agrarpolitik des Bundeslandwirtschaftsministers“, sagt Marco Hintze, Landessprecher der FREIEN BAUERN Brandenburg: „Dass Arme und Bedürftige künftig straffrei in Containern



von Supermärkten nach abgelaufenen Lebensmitteln suchen dürfen, ist bislang der einzige konstruktive Beitrag von Cem Özdemir zur Ernährungssicherheit – uns Bauern hat er nur Steine in den Weg gelegt.“ Alle Vorschläge, der drohenden Lebensmittelknappheit und Inflation durch ökologische Intensivierung der heimischen Landwirtschaft zu begegnen, habe der Minister konsequent ignoriert, so Hintze.

In dem ruppigen Empfang spiegelt sich auch die Enttäuschung vieler Landwirte über die politische Unglaubwürdigkeit Özdemirs wider. „Früher wollten die Grünen bäuerliche Familienbetriebe stärken gegen Agrarkonzerne, gegen die Macht der Monopole und gegen Billigimporte aus Übersee“, erinnert Hintze: „Deshalb hatten wir zunächst Hoffnungen in die Ampel gesetzt.“ Keine der ehemals gemeinsamen Forderungen habe der Minister je-

doch angepackt geschweige denn umgesetzt, bedauert der 50jährige Mutterkuhhalter aus dem havelländischen Krielow: „Grüne Agrarpolitik in Berlin beschränkt sich derzeit auf Anreize und Auflagen, die nur vordergründig dem Natur- oder Klimaschutz dienen, im Ergebnis aber eine deutlich verringerte Erzeugung von Lebensmitteln hierzulande bewirken.“ Besonders übel nehmen die Bauern Özdemir seine Zustimmung zu den kürzlich ratifizierten Freihandelsabkommen mit Kanada und Neuseeland. Hintze: „Mehr Globalisierung, mehr Agrarimporte aus Übersee, weniger regionale Produktion – das ist genau das Gegenteil von ökologischer Nachhaltigkeit.“

Ganz aufgeben wollen die FREIEN BAUERN den Minister trotzdem nicht. Auch wenn dieser sich bisher nicht am Müllcontainer blicken ließ, hat Hintze ihm ein Treppchen an die Kante gestellt: „Wir könnten zusammen reinschauen, ob sich darin neben abgelaufenen Ideologien vielleicht doch noch ein paar frische Ideen finden.“

FREIE BAUERN nach der Grünen Woche: Grüne Ernährungswende führt weg von der Natur

(29.01.2023) Zum Abschluss der Grünen Woche haben die FREIEN BAUERN auf den wachsenden Widerspruch zwischen Agrar- und Ernährungswende hingewiesen. „Einerseits fordern Grüne und Umweltverbände lautstark eine naturnahe Landwirtschaft – und unterstellen uns damit, nicht in Einklang mit der Natur zu wirtschaften“, kritisiert Georg Straller von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Andererseits würden dieselben gesellschaftlichen Gruppen Ernährungstrends fördern, die sich immer weiter von der Natur entfernen, so der 59jährige Schweinemäster aus dem bayerischen Ipfheim: „In den Messehallen lachen uns noch fröhliche Startups mit ihren Versprechungen einer besseren Welt entgegen. Aber im Hintergrund rühren schon die Großen der Ernährungsbranche degenerierte Kichererbsen, gegrillte Heuschrecken und genveränderte Stammzellen zu einem neuen Designerfood zusammen, das sie demnächst mit Klimastempel und Steuerbefreiung in den Markt drücken wollen.“

Durch ständige Wiederholung von Unwahrheiten hätten Grüne und Umweltverbände Teilen der Bevölkerung eingeredet, die in Deutschland überwiegend auf Bauernhöfen betriebene Nutztierhaltung sei mit verantwortlich für Welthunger, Klimastress und Tierleid, bedauert Straller: „Ich finde es schon bemerkenswert, wenn ausgerechnet diejenigen, die uns mehr Natur in Feld und Flur predigen, bei ihrer eigenen Ernährung auf hochverarbeitete Fabrikware und Ergänzungsmittel aus der Apotheke setzen.“ Straller wolle niemandem Vorschriften für ein bestimmtes Konsumverhalten machen, wünsche sich aber auch umgekehrt, dass sein hochwertiges und leckeres Schweinefleisch nicht ständig schlecht in der Öffentlichkeit gemacht wird.

Dass der Trend zu industriellen Ersatzprodukten für Milch, Fleisch und Eier die traditionelle Landwirtschaft irgendwann einmal überflüssig machen werde, erwarten die FREIEN BAUERN dennoch nicht. Straller: „Gerade weil wir Nutztierhalter mit der Natur wirtschaften, Bodenfruchtbarkeit und Sonnenenergie ausnutzen, können wir Eiweiß für die menschliche Ernährung so nachhaltig und kostengünstig erzeugen wie niemand sonst.“ Durch staatliche Regulierung und Propaganda lasse sich dieser Kostenvorteil zwar etwas verringern, aber nicht komplett aufheben, ist Straller überzeugt und rät deshalb seinen Berufskollegen, die Nutztierhaltung nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten. Jeder Stall, der nicht mehr produziert, sei ein Schritt Richtung industrielle Ernährung.

Tatsächlich wird erkennbar, dass wir es bei den gegenwärtigen Angriffen auf die Nutztierhaltung mit einer breit angelegten Bewegung zu tun haben, die zumindest teilweise von mächtigen Interessengruppen gesteuert wird, denen die Vielzahl der bäuerlichen Betriebe mit Vieh ein Dorn im Auge ist. Während wir bei unserem „Promi-Prozess“ auf der Stelle treten hat unsere blitzschnelle Reaktion in den sozialen Medien auf einen veganen Fehltritt der LVM-Versicherung richtig viel Empörung ausgelöst und riesige Resonanz weit über die Branche hinaus erzeugt. Die massiv propagierte Verdrängung von tierischem Eiweiß aus der menschlichen Ernährung wird uns wohl auch in Zukunft beschäftigen.

Klage gegen Jaenicke / du Mont: Stillstand im Eilverfahren

Die Unterlassungsklage von Peter Guhl, Milchviehalter aus dem mecklenburgischen Vorderhagen und Mitglied der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN, hängt in den Mühlen der Justiz. Der Schauspieler Sky du Mont hatte am 25. November in einer Talkshow behauptet, alle Kälber aus der Milchviehhaltung würden in Container geschmissen, wo sie bei lebendigem Leibe erstickten, der Schauspieler und Buchautor Hannes Jaenicke hatte das bestätigt und behauptet, Milchviehhaltung sei eine bestialische Industrie, bei der die Kühe ständig schwanger gehalten und medikamentös behandelt würden. Nach all der Hetze, die wir erleben müssen, endlich mal klar dokumentierte – wie es juristisch so schön heißt – unwahre Tatsachenbehauptungen vor Millionenpublikum. Deshalb haben wir uns nicht, wie andere, mit der billigen Entschuldigung abspeisen lassen, man habe sich missverständlich ausgedrückt, sondern Peter Guhl hat über unseren Anwalt Stephan Stiletto beim Landgericht Bremen einstweiligen Rechtsschutz beantragt und Jaenicke / du Mont aufgefordert, eine strafbewehrte Unterlassungserklärung abzugeben. Der Antrag wurde vom Gericht am 19. Dezember abgewiesen mit der Begründung, es könne bei Peter Guhl keine individuelle Betroffenheit erkennen. Hier kam uns zugute, dass Peter über seine Betroffenheit als Milchviehalter hinaus direkt vermarktet und durch die Behauptungen unmittelbar geschäftlich geschädigt wurde. Er hat also Rechtsmittel eingelegt und seine persönliche Betroffenheit ausführlich belegt, und auch die FREIEN BAUERN haben ergänzend mit konkreten Beispielen bei drei weiteren Milchviehaltern individuelle Betroffenheit durch die Verleumdungen nachgewiesen. Seitdem geht es nur noch um Fristen – dass es beim Redaktionsschluss am 15. März noch nicht zu einer Verhandlung gekommen war, ist eigentlich für ein Eilverfahren absurd. Um unserem eigentlichen Anliegen, einer inhaltlichen Befassung mit den Lügen der Herren Jaenicke und du Mont, nötigen Nachdruck zu verleihen, werden wir daher in Kürze Klage im Hauptsacheverfahren einreichen. Jaenicke verbreitet indessen die Botschaft, die böse Agrarlobby wolle ihn juristisch bei seiner Aufklärungsarbeit behindern – das ehrt uns und festigt uns in unserer Entschlossenheit, diesen dreisten Lügner diesmal nicht ungeschoren davon kommen zu lassen.



Vegan-Propaganda: FREIE BAUERN kündigen Versicherungen beim LVM-Konzern

(08.01.2023) Die FREIEN BAUERN haben dem Versicherungskonzern LVM vorgeworfen, sich auf Kosten der Landwirtschaft profilieren zu wollen. „Ich habe meine LVM-Verträge schon im vergangenen Jahr nach der Großspende an den Nabu gekündigt und kann jeden Berufskollegen verstehen, der sich nach der jetzt bekannt gewordenen Vegan-Propaganda vom LVM verabschiedet“ sagte Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN. Zwar habe der LVM-Vorstand nach massiven Protesten die Texte gelöscht und sich auch bei seinen landwirtschaftlichen Kunden entschuldigt, das Schreiben enthalte jedoch keinerlei Bekenntnis zur bäuerlichen Tierhaltung, bedauert der 62jährige Ackerbauer aus Hohenthurm in Sachsen-Anhalt: „Wenn man erst über die sozialen Medien Milch, Fleisch und Eier als ungesund und umweltschädlich diffamiert und dann nur hinterherschleibt, dies sei nicht als Empfehlung für einen bestimmten Lebensstil zu verstehen, kann ich darin keine zukünftig vertrauenswürdige Unternehmenskultur erkennen.“



Wolff hatte den LVM-Vorstandsvorsitzenden Dr. Mathias Kleuker am Donnerstag unmittelbar nach Bekanntwerden der landwirtschaftsfeindlichen Texte ultimativ aufgefordert, mit folgenden Worten klar Position gegen die vegane Hetzkampagne zu beziehen: „Bäuerliche Tierhaltung in Deutschland leistet einen wesentlichen Beitrag zur Ernährungssicherung. Ohne Tiere könnten viele pflanzliche Rohstoffe nicht verwertet werden, die Folge wären Hunger und Elend. Tierhaltung ist klimaneutral, da den Treibhausgasen der Tiere die CO₂-Bindung durch die Fotosynthese der Futterpflanzen gegenüber steht. Bäuerliche Tierhaltung geht verantwortungsvoll mit den ihr anvertrauten Geschöpfen um.“ Beim LVM habe es inzwischen zwar Krisenkonferenzen und Kundenschreiben gegeben, aber 48 Stunden später trotz mehrmaliger Nachfragen immer noch keine Antwort an die FREIEN BAUERN.

„Möglicherweise glaubt der LVM-Vorstand, mit Bauernverbands-Multifunktionär Franz-Josef Holzenkamp als Aufsichtsratsvorsitzenden sei die Landwirtschaft ausreichend abgedeckt“, spekuliert Landwirt Heiko Bockelmann: „Darüber dürfen die Herrschaften gern nachdenken, wenn ich mir einen neuen Versicherer gesucht habe.“ Der 41jährige Milchviehhalter aus dem niedersächsischen Garlstorf wird morgen seine LVM-Policen im Umfang von rund 31.000 Euro kündigen. Auch Landwirt Burkhard Berg hat sich entschlossen, in der kommenden Woche seine LVM-Verträge im Umfang von rund 16.000 Euro zu kündigen. „Mir tut es allerdings leid um den LVM-Vertrauensmann vor Ort, deshalb passt es ganz gut, dass ich erst zum Jahresende rauskomme.“ Der 42jährige Schweinehalter aus den westfälischen Asseln will deshalb frühestens im Sommer neue Versicherungen abschließen: „Bis dahin gebe ich dem Agenten Zeit, bei seinem unfähigen Management in Münster aufzuräumen.“

Die FREIEN BAUERN verstehen sich weiterhin als agrarpolitische Interessenorganisation, die ihren Mitgliedern nicht in ökonomische Entscheidungen hinein redet, stellt Bundessprecher Wolff klar: „Angesichts wahrheitswidriger Kampagnen gegen die Landwirtschaft, insbesondere gegen die Tierhaltung, sollten wir uns allerdings der eigenen Stärke bewusst werden. Wenn große Konzerne wie VW oder LVM sich im hippen Lifestyle urbaner Eliten suhlen, müssen sie halt auf uns als bodenständige Kundschaft verzichten.“

FREIE BAUERN weiten Boykottaufruf auf weitere Versicherungskonzerne aus



(15.01.2023) Die FREIENBAUERN haben nach dem Skandal um die Diffamierung bäuerlicher Tierhalter durch den Versicherungskonzern LVM die gesamte Branche auf vegane Propaganda durchleuchtet. „Es ist schon krass, wie viele Versicherer sich, wahrscheinlich mangels gehaltvoller Marketing-Ideen, in moralinsaurer Ernährungsberatung versuchen“, wundert sich Reinhard Jung, Politikreferent der FREIEN BAUERN und selber Rindermäster im brandenburgischen Lennewitz. Auch wenn sich der LVM mit seinen Posts besonders aggressiv und mit seiner Reaktion

auf die Kritik unglaublich arrogant verhalten habe, sei er längst nicht allein, so Jung: „Wir haben unseren Mitgliedern daher eine Liste von sieben Versicherungen zusammengestellt, die unsere Beiträge dafür verwenden, der Landwirtschaft mit wahrheitswidrigen Behauptungen zu schaden, und die daher als Geschäftspartner zu hinterfragen sind.“

Durch Intervention bei den Vertrauensleuten vor Ort könne in der Regel schnell Druck Richtung Konzernspitze aufgebaut werden, berichtet Jung – so etwa bei der R+V-Versicherung, die vor drei Tagen alle Lügen über angebliche ethische und ökologische Vorteile einer veganen Ernährung von ihrer Seite löscht. Nach wie vor behauptet allerdings die Allianz, der Verzicht auf Milch, Fleisch und Eier stärke den Umweltschutz, Tierschutz und Klimaschutz. Auch die Ergo-Gruppe möchte durch Teilnahme am Veganuary CO₂-Emissionen senken und damit zur „nachhaltigen Positionierung des Konzerns“ beitragen. Die Generali veröffentlicht gar einen Leitfaden für vegane Lebensweise. Und die Zurich-Versicherung hat irgendwo herausgefunden, dass eine Gemüsesuppe mit Rindfleisch zehnmal mehr Treibhausgase verursache als eine Gemüsesuppe ohne. Die HUK Coburg schließlich hält Fleischkonsum aufgrund von Klimabilanz, Umweltverschmutzung und Hungersnöten grundsätzlich für unverantwortlich.

Man dürfe derartige Sätze nicht dramatisieren, rät Jung, der vor seiner Selbständigkeit als Landwirt zehn Jahre angestellt in der Öffentlichkeitsarbeit tätig war: „Da sitzen irgendwelche gelangweilten PR-Fritzen für 5000 Euro netto und müssen ab und zu was abdrücken, damit man merkt, dass sie noch da sind.“ Dennoch sollten sich die hart arbeitenden Bauernfamilien solche Beleidigungen nicht gefallen lassen, deshalb rät der 57jährige Bio-Landwirt, den Versicherungsagenten vor Ort die Kündigung aller über sie laufenden Verträge anzudrohen, wenn die Lügen nicht umgehend gelöscht werden. Es gebe genügend seriöse Versicherer, die ihre Dienstleistung ohne diffamierende Propaganda anbieten. Jung: „Wer noch bei den Lügneren versichert ist, braucht bloß unsere Links zu kopieren und los gehts. Am besten Berufskollegen und Freunde mitziehen. Der wichtigste Berufsstand und die größte Lebensversicherung in unserem Land ist und bleibt eine bäuerliche Landwirtschaft mit möglichst vielen Betrieben, die auch Tiere halten.“



Auflagen und Verbote, Anreize und Programme hier zur Verringerung der landwirtschaftlichen Produktion und zugleich offene Grenzen für immer mehr Agrarimporte aus Übersee ... das war die Politik der letzten Bundesregierung und es ist die Politik der jetzigen, genau deswegen sind wir 2019 auf die Straße gegangen – und wir werden es nie akzeptieren!

Green Deal ohne Folgenabschätzung geht gar nicht

(13.01.2023) Die FREIEN BAUERN haben die von der EU-Kommission im Rahmen des Green Deal verfolgte Farm-to-Fork-Strategie in Frage gestellt, nach der die europäische Landwirtschaft bis 2030 mindestens 50 Prozent der Pflanzenschutzmittel und 20 Prozent der Düngemittel einsparen und mindestens 25 Prozent ihrer Flächen nach den Kriterien des ökologischen Landbaus bewirtschaften soll. „Wo bleibt bitteschön die Folgenabschätzung der Strategie“, fragt Jann-Harro Petersen von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN in einem viel beachteten Video und kritisiert, dass EU-Umweltkommissar Frans Timmermans diese seit Monaten unter Verschluss hält, während die Mitgliedsstaaten tiefgreifende Einschnitte in die landwirtschaftliche Produktion planen. Bereits bei Verkündung der Farm-to-Fork-Strategie 2020 hatten die FREIEN BAUERN die Reduktionsziele zwar im Grundsatz begrüßt, aber ein Korrektiv angemahnt für den Fall, dass dadurch die regionale Produktion sinken und klimaschädliche Agrarimporte aus Übersee notwendig würden.

FREIE BAUERN verurteilen Sarah Wieners Drogenvergleich: intolerant und anmaßend

(28.12.2022) Die FREIENBAUERN haben den Vergleich konventioneller Landwirte mit Drogensüchtigen durch die grüne Europaabgeordnete Sarah Wiener scharf kritisiert. „Wenn eine ungelernete Köchin, die sich ihren Öko-Gutshof in Brandenburg von Geldgebern aus der Stadt finanzieren lässt, uns erfolgreich wirtschaftenden Bauern Vorhaltungen macht, so ist schon allein das eine unerhörte Anmaßung“, sagte Christian Linne von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf dem überwiegenden Teil der Betriebe mit einer Sucht gleichzusetzen, offenbare zudem Wieners ideologische Intoleranz, so der 50jährige studierte Agraringenieur aus dem niedersächsischen Sottmar: „Dass man sich mit Andersdenkenden nicht mehr inhaltlich auseinandersetzt, sondern sie pauschal als krank bezeichnet, erinnert mich an dunkelste Zeiten unserer Geschichte.“ Wiener hatte den Vergleich in einem Interview geäußert, in dem es um die Zuständigkeiten von Umwelt- und Agrarausschuss des Europäischen Parlaments bei den geplanten Änderungen im Pflanzenschutzrecht ging.

Pflanzenschutzmittel würden nicht wie eine Droge das Leben eines konventionell wirtschaftenden Landwirts bestimmen, sondern sie seien ein Hilfsmittel unter vielen, noch dazu ein teures, was ihre sparsame Verwendung nahelegt, argumentiert Linne. Dass ein völlige

ger Verzicht auf das Spritzen grundsätzlich der Biodiversität nütze, wie von Wiener mehrfach behauptet, kann der Praktiker nicht nachvollziehen: „Jeder gute Ackerbau, ob konventionell oder ökologisch, geht zulasten von Biodiversität, indem er die Kulturpflanze fördert und ihre Konkurrenz behindert.“ Dass ausreichend hochwertige und gesunde Lebensmittel nicht von selbst in der Wildnis entstehen, sollte der Köchin eigentlich bekannt sein. Linne: „Mag sein, dass auf dem Wienerschen Gutshof das Unkraut sprießt, aber die Ökobauern, die ich kenne, haben weitgehend saubere Bestände. Das Geld wird nunmal mit Getreide und Kartoffeln verdient und nicht mit Kamille und Windhalm.“

Gerührt zeigten sich die FREIEN BAUERN über die Sorge Wieners um die Unabhängigkeit der bäuerlichen Betriebe von der chemischen Industrie. „Wenn sie das wirklich ernst meint, sollten wir unbedingt miteinander ins Gespräch kommen“, wünscht sich Linne: „Wir fordern seit langem eine Entflechtung der Oligopole bei den Herstellern von Landmaschinen, Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln, bei Molkereien, Schlachthöfen und dem Lebensmitteleinzelhandel, und wir könnten ihr sofort und fachkompetent zuarbeiten.“ Die Stärkung der Bauern in der Wertschöpfungskette sei immer eine agrarpolitische Gemeinsamkeit mit den Grünen gewesen, erinnert Linne: „Leider hat sich noch keine grüne Regierungsbeteiligung getraut, die Macht der Großkonzerne in Frage zu stellen. In Berlin können sich die Grünen sogar an ihre eigenen Anträge aus der letzten Legislaturperiode nicht mehr erinnern.“



Thomas Frenk im Landtag: Erhalten Sie den Garten Eden in Baden-Württemberg

„Wir denken in Generationen, nicht in Kampagnen oder Legislaturen“, sagte Thomas Frenk, Landessprecher der FREIEN BAUERN Baden-Württemberg am 8. Februar bei einer Anhörung im Landtag zum von der EU geplanten Anwendungsverbot von Pflanzenschutzmitteln in so genannten sensiblen Gebieten. Am Beispiel seines eigenen, 150 Hektar umfassenden Betriebes stellte er dar, dass er bei einer Umsetzung der geplanten Restriktionen 80 Hektar Acker nicht mehr konventionell bewirtschaften könnte, also in den Biolandbau hineingezwungen würde und damit in einen Markt, der bereits heute im schrumpfen begriffen ist. Der Eingriff in die Natur sei der Kern von Landwirtschaft, anders würden keine Lebensmittel entstehen, so Frenk, aber die bäuerliche Familienbetriebe würden aus eigenem Antrieb ökologisch nachhaltig wirtschaften: „Ich habe eine Verantwortung für den ererbten Betrieb, den ich zukunftsfähig an die nächste Generation weitergeben möchte, deshalb schütze ich den Boden, achte auf meine Tiere, halte die Gebäude instand und handle etwa beim Pflanzenschutz nach der Devise so wenig wie möglich, so viel wie nötig.“ Erst durch bäuerliches Wirtschaften über Jahrhunderte sei die Kulturlandschaft in ihrer heutigen Schönheit und Vielfalt und mit ihrem Artenreichtum entstanden, argumentierte Frenk und appellierte an die Abgeordneten: „Es liegt in Ihrer Hand – erhalten Sie den Garten Eden in Baden-Württemberg, zum Wohle der Gesellschaft, der Ernährungssicherheit und der Bauern im Ländle.“ (Beifall bei allen Fraktionen)

nell bewirtschaften könnte, also in den Biolandbau hineingezwungen würde und damit in einen Markt, der bereits heute im schrumpfen begriffen ist. Der Eingriff in die Natur sei der Kern von Landwirtschaft, anders würden keine Lebensmittel entstehen, so Frenk, aber die bäuerliche Familienbetriebe würden aus eigenem Antrieb ökologisch nachhaltig wirtschaften: „Ich habe eine Verantwortung für den ererbten Betrieb, den ich zukunftsfähig an die nächste Generation weitergeben möchte, deshalb schütze ich den Boden, achte auf meine Tiere, halte die Gebäude instand und handle etwa beim Pflanzenschutz nach der Devise so wenig wie möglich, so viel wie nötig.“ Erst durch bäuerliches Wirtschaften über Jahrhunderte sei die Kulturlandschaft in ihrer heutigen Schönheit und Vielfalt und mit ihrem Artenreichtum entstanden, argumentierte Frenk und appellierte an die Abgeordneten: „Es liegt in Ihrer Hand – erhalten Sie den Garten Eden in Baden-Württemberg, zum Wohle der Gesellschaft, der Ernährungssicherheit und der Bauern im Ländle.“ (Beifall bei allen Fraktionen)

„Hier und da ein paar Quadratmeter Zuwachs sind geschenkt, aber wir brauchen definitiv keine neuen Wohn- und Gewerbegebiete und erst recht keine neuen Straßen. Kohle- und Kiesgruben liefern auch nur billigen Nachschub für Energie- und Rohstoffverschwendung. Deshalb fordern wir, dass der Verbrauch landwirtschaftlicher Fläche komplett eingestellt wird, statt ihn sinnloserweise mit dem Verbrauch von noch mehr landwirtschaftlicher Fläche für Naturschutz zu kompensieren.“ Soweit die Forderungen der FREIEN BAUERN, veröffentlicht im Internet. Doch die Nutzungskonflikte nehmen zu, der Druck auf die Fläche wächst, alle wollen nur unser Bestes, aber das geben wir nicht her ... einige Beispiele.

Landesverteidigung 1: Gewerbepark in der Börde verhindert



Mit Entscheidung der Gemeinde Kabelsketal vom 30. November 2022 ist es meines Wissens erstmals in Sachsen-Anhalt gelungen, einen großen Gewerbepark (Star Park 2, 200 Hektar) zu verhindern. Ich bin Mitglied der FREIEN BAUERN und bewirtschafte einen 360-Hektar-Marktfruchtbetrieb mit Mutterkühen und Direktvermarktung in Osmünde, Gemeinde Kabelsketal. Im Februar 2022 erfuhr ich durch Zufall von dem Vorhaben, durch das ich rund ein Viertel meines Ackerlandes (mit einer durchschnittlichen Bonität von 70 Bodenpunkten) verloren hätte. Bereits im Mai sollte nach dem Willen der Entwicklungsgesellschaften EVG und KEG ein Grundsatzbeschluss der Gemeinde zugunsten des Gewerbeparks gefasst werden. Die Information der Öffentlichkeit war mangelhaft, das Verhalten der Planenden arrogant, sie schienen sich ihrer Sache sehr sicher zu sein. Sofort haben wir in den vier betroffenen Ortschaften eine Bürgerinitiative ins Leben gerufen mit 16 aktiven Mitgliedern und die Verantwortlichen unter Dauerbeschuss genommen: Banner und Flyer, Online-Petition und Pressearbeit, Briefe an und Gespräche mit den Gemeinderäten. Aufgrund unseres massiven Widerstandes wurde der Grundsatzbeschluss verschoben – wir hatten Zeit gewonnen und investierten diese in die Mobilisierung der Grundeigentümer: Am Ende standen mit 135 Hektar mehr als zwei Drittel der vorgesehenen Fläche definitiv nicht für einen Erwerb zur Verfügung, schriftlich dokumentiert für Entwicklungsgesellschaften und Gemeinderäte. Gleichzeitig lief ein Bürgerbegehren an, auf Informationsveranstaltungen und der Straße wurden über 1600 Unterschriften gesammelt und damit mehr als doppelt so viel wie erforderlich. Am 30. November schließlich stimmten die Gemeinderäte mit 9 zu 8 Stimmen gegen den Gewerbepark. Ich möchte allen Berufskollegen Mut machen, solche zerstörerischen Vorhaben zu bekämpfen. Euer Thomas Wahren, Telefon 0177-6415286.

Landesverteidigung 2: Solargebiet in der Uckermark verhindert

Als die ersten Investoren für Freiflächensolaranlagen an unsere Türen klopfen, haben wir gleich einen Riegel vorgeschoben. Am 10. Dezember 2020 hat unsere Gemeinde Nordwestuckermark, deren Bauausschussvorsitzender ich bin, mit großer Mehrheit beschlossen, auf Acker und Grünland, Wasser und Wald, Landschafts- und Naturschutzgebieten bis auf weiteres keine Bauleitplanverfahren für Freiflächensolaranlagen durchzuführen. Zuvor hatte ich mich schon im Landesvorstand der FREIEN BAUERN Brandenburg mit dem Thema beschäftigt. Ich bewirtschafte einen 410-Hektar-Betrieb mit Milchvieh und Ackerbau in

Zolchow, Gemeinde Nordwestuckermark. Die Böden hier sind für märkische Verhältnisse recht gut, überwiegend zwischen 30 und 50 Bodenpunkte, es gibt aber auch Ausreißer nach unten bis 18 Bodenpunkte, über die man natürlich nachdenken kann. Der Beschluss soll so lange gelten, bis Kriterien für die Errichtung von Freiflächensolaranlagen verabschiedet sind. Seitdem wird also diskutiert. Inzwischen hat sich eine Bürgerinitiative gebildet und der Bürgerbeteiligung wurde zugestimmt, was ich sehr begrüße. Bisher ist es meinen Mitstreitern und mir gelungen, eine differenzierte Sichtweise auf solche Projekte bei vielen Grundeigentümern zu verankern. Auf der letzten Ausschusssitzung habe ich die Aussage der regionalen Bank wiedergegeben. Diese geht nach zwanzig Jahren PV-Nutzung von einem Nullwert für den Acker aus. Ohne Bewirtschaftung, also die Zufuhr von mineralischem oder organischem Dünger, ohne Erntereste und Zwischenfrüchte



würde der Boden immer schlechter. Deshalb würde die Bank sofort aus der Besicherung solcher Flächen rausgehen. Das hat Eindruck gemacht. Als Landwirt bin ich ja grundsätzlich für regenerative Energien, allerdings sollte man sich nicht vom schnellen Geld blenden lassen. Fruchtbare Böden kommen für mich als Standort von Solaranlagen definitiv nicht in Frage. Gegen das Inflationsrisiko kann man sich bei entsprechender Vertragsgestaltung vielleicht absichern, gegen das Insolvenzrisiko auf Betreiberseite eher nicht. Richtig problematisch wird es beim Generationswechsel, dann geht es um Gewerbeflächen und Erbschaftssteuer fällt an. Ich möchte dazu anregen, die Folgen gründlich zu bedenken, bevor man wertvollen Acker opfert. Euer Hans-Jürgen Paulsen, Telefon 0152-59534271.

Sinnvoller Moorschutz: FREIE BAUERN lassen Studie erstellen

Der massivste Zugriff auf landwirtschaftliche Flächen erfolgt gerade unter dem Deckmantel des Klimaschutzes auf unsere Moore. Nach gründlicher Planung durch unseren niedersächsischen Landessprecher Fokko Schumann haben wir bei der Firma Hydor (Dr. Stephan Hannappel) eine Studie in Auftrag gegeben, die das Potenzial der Wiedervernässung bzw. Revitalisierung von drei landwirtschaftlich genutzten Moorstandorten in Brandenburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein untersucht. Wiedervernässung sehen wir dabei nicht gleichbedeutend mit der pauschal geforderten kompletten Überstauung von Moorkörpern, sondern wir möchten herausfinden, wie sich unterschiedlich angehobene Wasserstände unter den jeweiligen hydrogeologischen Bedingungen auf Landwirtschaft und Umwelt auswirken. Hierfür werden vor Ort sowohl die Struktur und Mächtigkeit der Moorböden (mindestens 30 cm mit mindestens 30 % organischer Substanz) als auch das Wasserdargebot im Hinblick auf Grundwasserstände und Niederschlagsmengen erfasst, um eine solide Datengrundlage für die Modellierung umsetzbarer Vernässungsszenarien zu erhalten. Aufgrund der verschiedenen Standorte mit Hochmoor und Niedermoor, maritimem und kontinentalem Klima, großräumiger und kleinteiliger Landwirtschaft, Siedlungsferne und Siedlungsnähe hoffen wir, aus der Studie repräsentative Aussagen für einen künftig sinnvollen Moorschutz ableiten zu können. Die Ergebnisse sollen uns jedenfalls in der Debatte stärken, aber auch betroffenen Betrieben als methodischer Ansatz dienen, gegen geplante Überstauungen ihrer Flächen vorzugehen. Wer auf einem Moorstandort wirtschaftet oder das Projekt sonst unterstützen möchte, kann sich gern an der Finanzierung beteiligen – auf unserer Homepage gleich vorn anklicken „Auf ins Moor, wir haben was vor“. Landwirtschaftsbetriebe erhalten dafür eine steuerlich verwertbare Rechnung.

FREIE BAUERN lehnen Eckpunkte für Agrarstrukturgesetz ab

In Brandenburg war die neue Landesregierung angetreten, ortsansässige Landwirte gegen überregionale Investoren zu stärken durch ein Agrarstrukturgesetz. Von der guten Absicht ist nach zwei Jahren nicht viel geblieben, derzeit werden Eckpunkte für das Gesetz diskutiert, die völlig konfus sind und höchstens grüne Klientel bedienen. Der offensichtlich bereits fertige Gesetzentwurf wird noch zurückgehalten. Die FREIEN BAUERN Brandenburg haben zu diesem überaus seltsamen Verfahren am 30. Januar in einem Brief an Landwirtschaftsminister Axel Vogel Stellung bezogen:

Sehr geehrter Herr Vogel,

das Eckpunktepapier gibt uns wenig Hoffnung, dass ein agrarstrukturell positiv wirksames Agrarstrukturgesetz in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden könnte. Alle diesbezüglichen Überlegungen krankten insbesondere daran, dass die Landesregierung kein politisch zielführendes und rechtssicher anwendbares agrarstrukturelles Leitbild formuliert und beschlossen hat. Unser Vorschlag vom 4. Dezember 2020 hätte dieses Problem gelöst, deshalb stelle ich ihn meinen Ausführungen voran:

Das einzige sinnvolle agrarstrukturelle Leitbild sind viele selbständige ortsansässige Landwirte. Aus der Selbständigkeit folgen hohe Leistungsbereitschaft und verantwortliches Handeln mit Blick auf die nächste Generation. Aus der Ortsansässigkeit folgen persönliche Verankerung und gesellschaftliches Engagement in der Region. Unter Landwirten verstehen wir in diesem Fall natürliche Personen, unabhängig von der Rechtsform, in der diese ihre Betriebe organisieren, das heißt sowohl Inhaber von Einzelunternehmen als auch Gesellschafter von Personengesellschaften als auch in verantwortlicher Position tätige Teilhaber von juristischen Personen. Nur eine solche eindeutig agrarstrukturelle Definition des Leitbildes sorgt für die erforderliche Rechtssicherheit, indem tagespolitische Motive herausgehalten werden. Sie ist darüber hinaus geeignet, eine faire Behandlung der sehr unterschiedlichen Betriebsgrößen in Brandenburg herzustellen, indem sie die als Landwirte agierenden Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Jedes Agrarstrukturgesetz muss die grundgesetzliche Achtung des Eigentums und die bisherige Rechtsprechung zum Grundstücksverkehr berücksichtigen, woraus sich enge politische Spielräume ergeben. Die Nutzung dieser Spielräume bedarf klarer Bedingungen für den staatlichen Zugriff auf Flächen und klarer Kriterien für die staatliche Zuteilung von Flächen an Landwirte. Das hochkomplizierte Sammelsurium agrarpolitischer Wunschvorstellungen des Eckpunktepapiers ist hierfür in keiner Weise geeignet und schafft vielmehr neue Probleme, die bislang überhaupt nicht existierten. Unsere Kritik im einzelnen:

1. Die Gleichstellung gemeinwohlorientierter Organisationen mit Landwirten wird abgelehnt. Wenn Personen mit besonderen, möglicherweise gemeinnützigen Vorstellungen Flächen erwerben möchten, dann sollen sie entweder selber Landwirt werden oder einen Landwirt beim Erwerb unterstützen. Jede andere Form der Einflussnahme hat den Nebeneffekt, dass Geld in den Flächenerwerb investiert wird, das zu einem späteren Zeitpunkt mit Wertsteigerung wieder herausgenommen werden kann. In solche Geschäftsmodelle sollte der Staat nicht involviert sein.
2. Der staatliche Zugriff auf Flächen ab einer Betriebsgröße von 2.600 Hektar inklusive verbundener Unternehmen ist gut gemeint, in der vorgesehenen Form aber wirkungslos. Die Möglichkeiten, ein den Erwerb rechtfertigendes gesteigertes Interesse zu begründen, sind so umfangreich, dass sie für nahezu jedes Rechtsgeschäft zutreffen. Die Zahl ist darüber hinaus willkürlich, da eine Konzentration von Eigentum, aus der eine ungesunde Bodenverteilung resultiert, sich nicht logisch aus den Durchschnittswerten unterschiedlicher Bundesländer herleiten lässt.

3. Die Gründung einer Siedlungsgesellschaft ist nicht erforderlich. Jedenfalls ist für uns bisher nicht ersichtlich, welchen Vorteil diese gegenüber der gegenwärtig paktizierten Geschäftsbesorgung durch die Landgesellschaft Sachsen-Anhalt hat.
4. Der staatliche Zugriff auf Flächen ohne nacherwerbenden Landwirt wird abgelehnt, denn er würde zu einer Bodenbevorratung führen, durch die der Staat über seine Lenkungsfunktion hinaus selber als Investor auftritt. Das historisch bedingte Vorhandensein einer solchen Struktur in Form der BVVG hat bisher weit überwiegend negative Auswirkungen auf die ländlichen Räume Ostdeutschlands gehabt. Deshalb ist nicht ersichtlich, welche positive Wirkung von einer Neuauflage auf Landesebene ausgehen sollte. Sollte diesem Punkt allerdings die Absicht zugrunde liegen, einem vorhandenen nacherwerbenden Landwirt den Erwerb zu einem späteren Zeitpunkt zu ermöglichen, wäre zu überlegen, wie sich dieses Ziel ohne unzulässige Begünstigung erreichen lässt.
5. Die Ausübung des Vorkaufsrechts bei Preismissbrauch verbunden mit einem Rücktrittsrecht des Verkäufers wird grundsätzlich begrüßt.
6. Der Wegfall der doppelten Grunderwerbsteuer durch drittbegünstigendes Vorkaufsrecht wird grundsätzlich begrüßt.
7. Die Beanstandungsmöglichkeit bei Anteilerwerben an Agrarbetrieben größer 50 Prozent ist in der vorgesehenen Form wirkungslos. Das Problem der Anteilerwerbe ist ja nicht, dass die Flächen nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden, sondern genau umgekehrt, dass sie landwirtschaftlich genutzt werden – allerdings nicht von ortsansässigen Landwirten, sondern von überregionalen Investoren, für die die landwirtschaftlichen Betriebe lediglich Teil ihrer Vermögensanlagestrategie sind.



Alle Diskussionen vor Ihrer Amtsübernahme drehten sich um genau diese Frage, wie ortsansässige Landwirte gegen überregionale Investoren gestärkt werden können. Wie kann es sein, dass wir bei diesem Agrarstrukturgesetz über völlig andere Themen reden und uns in unwesentlichen Einzelheiten verlieren? Wir hatten bereits in unserem Vorschlag vom 4. Dezember 2020 darauf hingewiesen, dass insbesondere die Anteilerwerbe an Agrarbetrie-

ben das Genossenschafts- und Gesellschaftsrecht sowie die Systematik der Grunderwerbsteuer betreffen, wo die Regelungskompetenz auf Bundesebene liegt. Die Herausforderung auf Landesebene hingegen liegt darin, die bestehenden, begrenzten Spielräume des Bodenrechts an die seit der Wiedervereinigung veränderten agrarstrukturellen Verhältnisse anzupassen durch präzise Definition der zu privilegierenden Gruppe. Da ist es wenig hilfreich, wenn nach wie vor an der Fiktion festgehalten wird, es gebe auch überregionale Investoren mit positiven agrarstrukturellen Auswirkungen. Ein Agrarstrukturgesetz ohne politisch zielführendes und rechtssicher anwendbares agrarstrukturelles Leitbild wäre nur ein weiteres Instrument der Regulierung des Agrarsektors, gegen das sich die Landwirte im Zweifelsfall mit rechtlichen Mitteln zur Wehr setzen müssten. Davon haben wir eigentlich schon genug.

Mit freundlichen Grüßen

Marco Hintze, Präsident Bauernbund Brandenburg (Landesgruppe der FREIEN BAUERN)

Mercosur ... und die Karikatur eines grünen Agrarministers

(20.02.2023) Die FREIEN BAUERN haben Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir dringend geraten, sich ein Beispiel an seinem österreichischen Amtskollegen Norbert Totschnig zu nehmen und eine Allianz gegen das drohende Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten zu schmieden. „Mehr als zwanzig Jahre haben wir gemeinsam mit den Grünen gegen das Abkommen gekämpft, das unsere Landwirtschaft einer Konkurrenz ausliefern würde, die Hungerlöhne zahlt und den Regenwald abfackelt“, erinnert Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN. Dass Özdemir zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bislang schweigt, untergrabe vollends seine Glaubwürdigkeit, meint daher der 62-jährige Ackerbauer aus Hohenthurm in Sachsen-Anhalt: „In Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay betreiben agrarindustrielle Großunternehmen Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen – wenn Özdemir die Schleusen für Billigimporte aus diesen Ländern öffnet, macht er sich zur Karikatur eines grünen Agrarministers.“

Nach bisherigem Stand der Verhandlungen sollen die Mercosur-Staaten rund 180.000 Tonnen Zucker und 180.000 Tonnen Geflügelfleisch zollfrei sowie rund 100.000 Tonnen Rindfleisch zollermäßig pro Jahr in die EU einführen dürfen. „Hierzu muss man wissen, dass Rindermast in Südamerika üblicherweise in so genannten Feedlots stattfindet, wo tausende Tiere in engen Gattern unter freiem Himmel zusammengetrieben werden“, berichtet Wolff: „Die Tiere stehen in ihren Exkrementen, erhalten einseitiges Mastfutter ohne Gras, Hormongaben beschleunigen das Wachstum.“ Der Anbau von Zuckerrohr erfolge in Monokultur, Pflanzenschutzmittel würden häufig mit dem Flugzeug ausgebracht, außerdem würden gefährliche, in der EU seit Jahrzehnten verbotene Mittel wie Atrazin oder Paraquat eingesetzt, kritisiert Wolff: „Ich habe keine Idee, wie Özdemir diese auf der Ausbeutung von Mensch und Natur beruhenden Verhältnisse unserer nachhaltigen bäuerlichen Landwirtschaft auch nur annähern will.“

Selbst wenn das grün geführte Bundeslandwirtschaftsministerium es schaffen sollte, in das Freihandelsabkommen soziale und ökologische Standards hereinzuverhandeln, die für die eingeführten Erzeugnisse – zumindest auf dem Papier – erfüllt sein müssen, verursachen zusätzliche Agrarimporte eine enorme Klimabelastung, da sie mit schwerölbetriebenen Containerschiffen in die EU gefahren werden, geben die FREIEN BAUERN zu bedenken. Wolff: „Das Abkommen nützt allein der europäischen Industrie, die in die Mercosur-Staaten exportieren will, offenbar ohne Rücksicht auf Verluste. Uns Bauern drückt es die Preise und den Verbrauchern wird der billige Dreck unerkannt untergeschoben, weil es immer noch keine Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln gibt.“ Wenn schon der konservative österreichische Agrarminister eine grünere Agrarpolitik macht als sein grüner



Amtskollege in Berlin, müsse man sich vielleicht eingestehen, dass die Besetzung des Bundeslandwirtschaftsministeriums bereits zum zweiten Mal in Folge eine Fehlentscheidung war.

Zucker aus heimischem Rübenbau soll durch Importe aus südamerikanischen Plantagen ersetzt werden, bei Fleisch dasselbe – obwohl die Grünen jahrzehntelang das Gegenteil gefordert haben. Aber essen sollen wir nicht mehr soviel davon, da bleiben sich die Grünen treu. Glaubt Özdemir wirklich, wir könnten nicht rechnen?

FREIE BAUERN gegen Zerrbild: Wir sind keine Inflationstreiber!

(15.12.2022) Die FREIEN BAUERN haben vor einer Fehleinschätzung des landwirtschaftlichen Anteils an der Inflation gewarnt. „Die meisten Bauernhöfe haben im laufenden Jahr wieder Gewinne eingefahren, mit denen Betriebsleiter und mithelfende Familienangehörige den Mindestlohn überschreiten“, sagte Jann-Harro Petersen von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Das sei auch bitter nötig, um die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Für die Preissteigerung bei Lebensmitteln verantwortlich seien jedoch nicht die hart arbeitenden Bauernfamilien, sondern die Konzerne im vor- und nachgelagerten Bereich, die mit ihrer Marktmacht Wettbewerb verhindern, so der 45jährige Milchviehalter aus dem schleswig-holsteinischen Tating: „Die Pressemitteilung des Ifo-Instituts von dieser Woche zeichnet deshalb ein Zerrbild der Landwirtschaft als Inflationstreiber, das so nicht stehen bleiben darf.“

In der Veröffentlichung vom 13. Dezember hatte das Institut verlautbart, Unternehmen der Landwirtschaft hätten die gestiegenen Kosten zum Vorwand genommen, durch eine Erhöhung der Absatzpreise auch ihre Gewinnsituation zu verbessern, kritisiert Petersen: „Allein diese Formulierung offenbart eine totale Unkenntnis von der Situation in der Wertschöpfungskette, wo uns Bauern oligopole Marktpartner gegenüber stehen, die über weite Strecken die Preise diktieren können“. Das Preisniveau an der Supermarktkasse habe vor allem damit zu tun, dass Landhandel, Molkereien, Schlachthöfe und vor allem der Lebensmitteleinzelhandel gigantische Umsatzsteigerungen realisiert haben. Wer die Folgen dieser Entwicklung für Verbraucherinnen und Verbraucher abmildern wolle, müsse endlich die Entflechtung der Konzerne angehen, fordert Petersen: „Die FREIEN BAUERN haben hierfür Vorschläge an die Regierungsparteien herangetragen, aber bislang leider nur Desinteresse geerntet.“

Fraglos habe die Landwirtschaft die Auswirkungen der weltweiten Energiekrise besser überstanden als andere Branchen, räumt Petersen ein. Dies dürfe jedoch den Blick nicht dafür verstellen, dass die Einkommenssituation auf den Bauernhöfen nach wie vor schwierig sei, insbesondere bei den Ferkelerzeugern und Schweinemästern. Nicht umsonst hätten in den vergangenen zehn Jahren mehr als 30.000 Betriebe aufgegeben. Petersen: „Dieses dramatische Höfesterben muss aufhören, dafür brauchen wir bessere Preise und keine Almosen vom Staat.“ Die augenblickliche Erlössituation zeige, dass die in Deutschland vorherrschende bäuerliche Landwirtschaft auch in Krisensituationen stark ist und ihre wichtige gesellschaftliche Aufgabe erfüllen kann, argumentiert der Landwirt: „Deshalb freue ich mich über die 61 Cent Milchgeld, die ich gerade bekomme, und halte sie für absolut gerechtfertigt – ob es dem Ifo-Professor passt oder nicht.“

FREIE BAUERN weisen Patentansprüche der Industrie auf Kulturpflanzen grundsätzlich zurück

(28.02.2023) Die FREIEN BAUERN haben die Bestätigung des Patents auf eine vom Unternehmen Syngenta konventionell gezüchtete Paprikapflanze durch das Europäische Patentamt als Alarmsignal bezeichnet. „Die Industrie will uns das Eigentum an unseren Jahrhunderte alten Kulturpflanzen wegnehmen“, warnt Ralf Ehrenberg von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Mit der Verteidigung besonders umstrittener Patente auf konventionelle Züchtungen gehe es Konzernen wie Syngenta vor allem darum, den bislang gar nicht in Frage gestellten Patentanspruch auf gentechnisch veränderte Pflanzen

auch bei einer möglichen Aufweichung des Gentechnikrechts aufrecht zu erhalten, vermutet der 51jährige Ackerbauer aus dem hessischen Ziegenhagen: „Hier wittert die Industrie das ganz große Geschäft mit Lizenzgebühren, die wir Jahr für Jahr bezahlen müssen. Wir sollten uns deshalb alle einig sein, dass wir auf unseren Betrieben kein patentiertes Saatgut einsetzen.“

Ginge es nach den FREIEN BAUERN, dürfte das Europäische Patentamt überhaupt keine Patente auf Lebewesen mehr erteilen. „In unserer abendländischen Zivilisation wird das Leben als Geschenk Gottes gesehen“, argumentiert Ehrenberg. Anders als bei einer Maschine ließen sich bei einem Lebewesen die patentgeschützten Bestandteile nicht entfernen oder ersetzen. Und anders als bei einer Maschine würden sich die patentgeschützten Bestandteile durch Fortpflanzung vermehren. Damit vermehre sich auch das Eigentum der Patentinhaber und ihr Anspruch, Lizenzgebühren zu erheben. „Eine Weizenpflanze etwa hat über 90.000 Gene“, veranschaulicht Ehrenberg: „Wenn da eine Eigenschaft geändert und darauf Patent angemeldet wird, ist das so, als würde jemand am Reifen meines Traktors die Ventilkappe auswechseln und anschließend behaupten, der Traktor gehöre ihm.“

Die FREIEN BAUERN warnen daher ausdrücklich vor vermeintlichen Patentlösungen, die geradewegs in die Abhängigkeit von großen Konzernen führen. Ehrenberg: „Es gibt keine Wunderpflanzen, die allein aufgrund ihrer Genetik mit Klimawandel, Krankheiten oder mit Schädlingen fertig werden. Gute Erträge gibt es nach wie vor nur durch gute fachliche Praxis unter Berücksichtigung aller ackerbaulichen Faktoren.“ Das Patent auf Lebewesen sei ein so fundamentaler Angriff auf die unternehmerische Freiheit der Betriebe, dass es mit einer möglichst geschlossenen Abwehrhaltung des Berufsstandes pariert werden müsse, ist Ehrenberg überzeugt und wünscht sich von seinen Berufskollegen Wachsamkeit: „Wenn angebliche Freunde der Landwirtschaft uns neue Nutzpflanzen als Fortschritt anpreisen, die aber aufgrund genetischer Veränderungen patentgeschützt sind, hilft nur ein konsequentes Nein.“

FREIE BAUERN entwarnen: Rinderkrankheit BSE war nie gefährlich für Menschen

(01.02.2023) Die FREIEN BAUERN haben Politik und Medien eindringlich aufgefordert, dem heute festgestellten BSE-Fall bei einem Rind in den Niederlanden keine Beachtung zu schenken. „Diese seltene Einzeltierkrankung war nie gefährlich für den Menschen, sie ist darüber hinaus völlig unbedeutend für die Rinderhaltung“, erklärt Reinhard Jung, Politikreferent der FREIEN BAUERN. Erst profilsüchtige Wissenschaftler, sensationshungrige Journalisten und übervorsichtige Politiker hätten vor 22 Jahren eine Massenhysterie verursacht, in deren Folge der Rindfleischmarkt zusammenbrach und zahllose bäuerliche Betriebe für immer ihre Hoftore schließen mussten, erinnert sich der 57jährige Bio-Rinderhalter aus dem brandenburgischen Lennewitz: „Ich denke noch heute mit Schrecken an die Ohnmacht unserer Argumente gegenüber einer schier unermesslichen öffentlichen Angst.“

Zehn Jahre nach der Hysterie hatte der Bauernbund Brandenburg, aus dem 2020 die FREIEN BAUERN hervorgegangen sind, die Vorgänge aufgearbeitet und nachgewiesen, dass die immer wieder behauptete Ansteckung auf dem Nahrungsweg in der Realität nicht stattfand. Jung: „Bei den trotz 20 Millionen Tests nur sehr wenigen festgestellten BSE-Fällen wurde grundsätzlich entweder die gesamte Herde oder der gesamte Jahrgang getötet, jedenfalls ein Vielfaches an Tieren, die dasselbe Futter erhalten hatten – und regel-

mäßig wurde kein weiterer Fall festgestellt.“ Eine Aufarbeitung durch Politik und Verwaltung habe es damals nicht gegeben, bedauert Jung: „Die angeblichen Schutzmaßnahmen wurden zwar stillschweigend immer weiter zurückgenommen, aber niemand hat sich je bei den Bäuerinnen und Bauern für ihre Stigmatisierung entschuldigt oder die wirtschaftlichen Einbußen entschädigt.“ Umso wichtiger sei es, den neuen BSE-Fall mit dem Wissen von heute als das zu betrachten, was er ist: „Ein einzelnes krankes Tier ohne jede Relevanz.“

FREIE BAUERN gegen Bettelei: Wir wollen keine Steuergelder für den Umbau der Nutztierhaltung

(06.03.2023) Die FREIEN BAUERN haben sich von der Kampagne des Deutschen Bauernverbandes zur Umsetzung des Borchert-Plans distanziert. „Wir wollen überhaupt keine Steuergelder für den Umbau der Nutztierhaltung, sondern wir fordern faire ökonomische Rahmenbedingungen – dann werden wir schon das umbauen, was wir für sinnvoll halten“, sagte Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Die von der Borchert-Kommission vorgesehenen Investitionen in vermeintliche Tierwohlstandards seien reine Geldverschwendung, so lange entsprechende Produkte nicht vom Verbraucher nachgefragt würden, argumentiert der 57jährige Milchviehhalter aus dem mecklenburgischen Vorderhagen: „Dabei ist es völlig gleich, ob der Umbau mit zwei, drei oder vier Milliarden pro Jahr aus der leeren Staatskasse gefördert wird. Dieses Betteln ist würdelos, zumal bei einem grünen Agrarminister, der uns ganz offensichtlich abgrundtief verachtet. Das sind doch nicht die deutschen Bauern, die der Bauernverband in seiner Kampagne zeigt, das sind arme Würstchen.“

Bereits die von der Bundesregierung geplante Kennzeichnung von Haltungsstufen hält Guhl für anmaßend: „Wie kommen eigentlich Politiker dazu, vom grünen Tisch aus und allein nach technischen Parametern das Wohlbefinden unserer Tiere einzuschätzen?“ Ob es den Tieren gut geht oder nicht, könne niemand besser beurteilen als der Tierhalter selbst, der sich täglich genau darum kümmere, begründet Guhl seine Ablehnung der im Borchert-Plan anvisierten starren Kategorien. Fast alle bäuerlichen Tierhalter hätten in der Praxis bewährte, vorzeigbare Ställe und würden ein unkalkulierbares Risiko eingehen, wenn sie diese mit hohem finanziellen Aufwand an irgendwelche angeblich gesellschaftlich gewünschten Tierwohl-Standards anpassen wollten. Guhl: „Wenn es tatsächlich einen Bedarf nach besonderen Haltungsformen oder anderen Produkteigenschaften gibt, dann werden uns deutliche Signale dazu über das marktwirtschaftliche Instrument Nachfrage erreichen. Als Unternehmer sind wir gut beraten, möglichst genau das zu produzieren, was der Verbraucher nachfragt.“

Statt am Markt vorbei in die Produktion hineinzuregieren, sollte der Staat dafür sorgen, dass Nutztierhaltung unter fairen Bedingungen stattfinden kann, verlangt der Landwirt, der einen Teil seiner Milch direkt vermarktet: „Wo sind denn die Initiativen des Agrarministers gegen den Preisdruck durch Billigimporte aus Übersee oder gegen die Monopolstrukturen im Lebensmitteleinzelhandel?“ So lange Freihandelsabkommen durchgewunken werden und Entflechtungspläne in der Schublade verschwinden, brauche sich niemand Illusionen über grüne Agrarpolitik zu machen, meint Guhl: „Es ist mir ein absolutes Rätsel, warum alle Verbände mit Ausnahme der FREIEN BAUERN ein scheinbar so unerschütterliches Vertrauen in die Bundesregierung haben, dass es ihnen offensichtlich nicht mal peinlich ist, in einer langfristigen Alimentierung durch öffentliche Gelder die Zukunft der Nutztierhaltung zu sehen.“

Und hier kommt für Internet-Muffel eine Kopiervorlage für die Mitgliederwerbung nebenan.
Gern per Post an: FREIE BAUERN, Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitzebel

Ja, ich möchte Mitglied der FREIEN BAUERN werden !

Bitte schickt mir einmal jährlich eine Beitragsrechnung der GmbH FREIE BAUERN. Der Beitrag errechnet sich aus einem Grundbeitrag von 50 Euro und einem Flächenbeitrag von 1 Euro pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (maximal 550 Euro). Bei Landwirtschaftsbetrieben wird die Mitgliedschaft erklärt durch den Betriebsleiter. Für den Beitrag dürfen bis zu zwei weitere Personen Mitglied werden (z. B. Hofnachfolger, Ehepartner, Altenteiler). Nicht-Landwirte zahlen nur den Grundbeitrag.

Die Beitragszahlung begründet das Recht, sich im Beitragsjahr "Mitglied der Initiative FREIE BAUERN" zu nennen. Mit der Beitragszahlung erkläre ich mein Einverständnis, Informationen und Einladungen der Initiative FREIE BAUERN zu erhalten. Aus der Beitragszahlung ergeben sich keine weiteren Rechte oder Pflichten innerhalb der Initiative FREIE BAUERN.

Name Betriebsleiter	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
Telefon	
Mobiltelefon	
E-Mail	
Geburtstag	
Fläche in ha	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Datum, Ort:

Unterschrift: